

Antrag

Verkehrsblockaden als Straftatbestand*Der Landesparteitag möge beschließen:*

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, vorsätzliche, geplante und koordinierte Eingriffe in den Straßen- und Bahnverkehr sind als Straftatbestand zu verfolgen und zu ahnden.

Begründung

Wann immer es lautstarken Minderheiten gefällt, ihrer Meinung Gehör zu verschaffen, setzen sie sich auf Bahnschienen oder kleben sich auf Straßenkreuzungen. Der Effekt dieser Aktionen ist eine kurze Aufmerksamkeit einerseits, aber Zeitverlust und hohe Kosten auf der anderen Seite. Es wurde auch berichtet, dass schon Krankentransporte wegen unsinniger Straßenblockaden am Weiterkommen gehindert wurden.

Zumeist werden Störenfriede ungestraft oder nur mit wenigen Stunden Sozialarbeit entlassen, da man aktuell nur von einer Ordnungswidrigkeit ausgeht. Diese Rechtsauffassung ist jedoch irrig, da sie in keiner Relation zu den Störungen und Auswirkungen steht, die durch die Verkehrsblockaden entstehen.

Verkehrsblockaden sind Nötigung der Verkehrsteilnehmer, sie binden Ordnungskräfte, sie verursachen unnötige gesellschaftliche Kosten und sie verhindern, dass Einsatzkräfte, Personen und Waren rechtzeitig und sicher an ihr Ziel gelangen. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, doch sie kann anders gelöst werden, als durch den massiven Eingriff in die Freiheit der anderen – in diesem Fall in die Freiheit der Mehrheit. Aus diesem Grund müssen mutwillige Verkehrsblockaden jedweder Form als Straftat angesehen werden.

(Weitere Begründungen und Beispiele mündlich)

Votum der
Antrags-
kommission

Erledigt durch geltende Gesetzeslage

- Annahme in geänderter Fassung
 Ablehnung
 erledigt

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für die individuelle Mobilität und zum Automobil aus.

Sie steht für:

1. Freiheit bei der Wahl des Transportmittels
2. Technologieoffenheit bei den Antrieben
3. Verhinderung von Fahrverboten auf der Basis willkürlicher Grenzwerte
4. Klares Nein zum generellen Tempolimit und Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit innerorts
5. Verhinderung ideologischer Umwidmungen von Fahrspuren (z.B. für Radautobahnen oder „Parklets“)
6. Das Verbot des Verbrennungsmotors ab 2030 ist auszusetzen.“

Begründung

Zu 1) Jedem Bürger soll es freigestellt sein, welches Transportmittel er nutzt. Politische Einflussnahmen oder gar Stigmatisierungen haben zu unterbleiben. Außerdem ist individuelle Mobilität, also die freie Wahl von Reisemittel, Reisezweck und Reiseziel, ein Ausdruck von persönlicher Freiheit, diese gilt es vor allem anderen zu schützen.

Zu 2) Die Umrüstung des Gesamtfahrzeugbestands zu E-Fahrzeugen ist illusorisch. Durch die parallele Zulassung und Förderung von Wasserstoff und E-Fuels können Abhängigkeiten vermieden und bestehende Fahrzeuge und Infrastruktur weiter genutzt werden.

Zu 3) Fahrverbote kommen Enteignungen gleich. Willkürlich von Behörden festgelegte Grenzwerte stellen keine Begründung dar, um Fahrzeuge auszusperren.

Zu 4) Tempolimits auf Autobahnen haben weder vom Einsparpotential noch von der Sicherheit signifikante Auswirkungen. Sie stellen jedoch einen für die CDU untypischen Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger dar. Innerorts ist Tempo 50 ist ein guter Kompromiss zwischen Sicherheit und Reisegeschwindigkeit. Geringere Geschwindigkeiten, vor allem auf Durchfahrtsstraßen, sollen nur im Falle konkreter Gefährdung (Kindergärten, Pflegeheime usw.) vorgeschrieben werden.

Zu 5) Radverkehr hat seine Berechtigung und Sinn, aber nicht indem man auf vielbefahrenen Hauptverkehrsachsen den Pkw eine Fahrspur nimmt und sämtliche Teilnehmer gefährdet (Rettungswege). Selbst Radfahrer plädieren für Radnetze abseits solcher Straßen. Innerstädtischer Parkraum muss erhalten werden und darf nicht durch künstliche Inseln („Parklets“) besetzt werden. Fließender Verkehr belastet auch die Umwelt weniger als künstliche rote Wellen.

Zu 6) Verbrennermotoren, vor allem aus Deutschland, gehören zu den fortschrittlichsten, saubersten und effizientesten der Welt. Sie ermöglichen derzeit die wirtschaftlichste individuelle Mobilität, was auch an den steigenden Produktionszahlen abzulesen ist. Laut Forschern werden 2030 weltweit mehr Verbrennermotoren gebaut denn je. Hier ein nationales oder europäisches Verbot zu begründen wäre somit weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll. Sinnvoll wäre somit allein deren technologische Weiterentwicklung und der Weiterbetrieb mit eFuels.

Die CDU ist die Partei der Freiheit, der Eigenverantwortung und der Vernunft. Ideologische Spiele auf dem Rücken der Autofahrer, die immerhin einen gewaltigen steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Staates leisten, sind scheinheilig.

(Weitere Begründungen und Beispiele mündlich)

Votum der
Antrags-
kommission

Annahme in geänderter Fassung

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für die individuelle Mobilität und für die Automobilität aus. Sie steht für:

- 1. Freiheit bei der Wahl des Transportmittels**
- 2. Technologieoffenheit bei den Antrieben**
- 3. Verhinderung von Fahrverboten auf der Basis willkürlicher Grenzwerte**
- 4. Klares Nein zum generellen Tempolimit**
- 5. Verhinderung von unverhältnismäßigen und überzogenen Umwidmungen von Fahrspuren (z.B. für Radautobahnen oder „Parklets“)**
- 6. Überprüfung des Verbots des Verbrennungsmotors ab 2035**

Annahme in geänderter Fassung
 Ablehnung
 erledigt

Antrag

Reform der öffentlichen Verwaltung und schrittweise Abschaffung des Berufsbeamtentums*Der Landesparteitag möge beschließen:*

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, dass die Landesregierung umgehend eine umfassende Reform der öffentlichen Verwaltung auf Landes- und Kommunalebene beschließt und diese gemeinsam mit Experten der Universität für öffentliche Verwaltung in Speyer erarbeitet. Ziel ist es das Verwaltungshandeln an die Anforderungen einer weitgehend digitalisierten Gesellschaft anzupassen.

In einem ersten Schritt sollen weite Teile des Personals nicht mehr als Beamte, sondern als Angestellte eingestellt und beschäftigt werden (ausgenommen Justiz und Polizei). Das Personalmanagement der öffentlichen Verwaltung soll für den Wettbewerb um qualifiziertes Personal fit gemacht werden.

Des Weiteren sollten folgende Änderungen umgesetzt werden:

- Einstellungsstopp in der Verwaltung, um eine effizientere und schlankere Aufstellung zu forcieren sowie um den Druck zu erhöhen, Bürokratie und Vorgabenflut zu senken.
- Das Beamtentum ist auf hoheitliche Aufgaben wie Polizei und Justiz zu reduzieren.
- Personalprozesse sind so flexibel wie in der Wirtschaft gestalten und hohe Positionen (z.B. Behördenleiter) sollten als Wahlbeamte geführt werden (Vorbild USA), bzw. einer Bewertung durch Bürgergremien ausgesetzt sein (Vorbild Schweiz), um den Leistungs- und Innovationsgedanken in der Verwaltung zu fördern.

Begründung

Die aktuellen Krisen haben deutlich gemacht, dass die öffentliche Verwaltung in vielen Bereichen, weder mit ihrer Leistungsfähigkeit noch in ihrer Handlungsgeschwindigkeit den Anforderungen moderner Organisationen und Unternehmen Schritt halten kann. Insbesondere in den Bereichen Organisation, Arbeitsmanagement, Methoden und Digitalisierung muss die öffentliche Verwaltung in ihrer Breite moderner werden.

(Weitere Begründungen und Beispiele mündlich)

Votum der
Antrags-
kommission

Abgelehnt

- Annahme in geänderter Fassung
 Ablehnung
 erledigt

Antrag **Leistungsgedanken wieder in der schulischen Bildung verankern**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, dass in allen Schulformen wieder vermehrt auf das Leistungsprinzip gesetzt wird. Hierunter fällt vor allem:

1. Lehrpläne verstärkt auf die zukünftigen Anforderungen des Lebens auszurichten (v.a. ökonomische und digitale Themen)
2. Notengebungen nicht an das Niveau der Antworten anpassen, sondern das Niveau durch leistungsbezogene Notengebung anheben.
3. In allen Bildungsarten ist der Fokus auf die generelle Ausbildungsfähigkeit zu legen. Wo Rohstoffe fehlen, muss das Denken gefördert werden.
4. Der Stellenwert der Allgemeinbildung ist zu stärken, um Schülern das kritische Denken zu lehren.
5. Es wird nach der gängigen Rechtschreibung gelehrt, gendern hat zu unterbleiben und nicht gegenderte Texte dürfen nicht notentechnisch sanktioniert werden.
6. Es sind, vor allem im gymnasialen Bereich, mehr Schwerpunkte auf die Praxis zu setzen. Hierunter fallen mehr Pflichtpraktika in der Mittelstufe zur Berufsorientierung für Schüler aber auch Praktika in den Ferien für Lehrer, damit diese ebenfalls ein Gespür für die Situation in der Wirtschaft erhalten.

Begründung

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen“ hieß es früher einmal. Heutzutage wird oftmals wenig gelernt und fürs Leben noch viel weniger. Die Ausbildungsfähigkeit vieler Schulabsolventen, egal auf welcher Ebene, hat in den letzten Jahrzehnten empfindlich gelitten. Dies bestätigt nicht nur ein Blick auf die Pisa-Studien.

Jede Ausbildung ist aber die Basis für das spätere selbstbestimmte und eigenverantwortliche Leben. Ein Land ohne nennbare Bodenschätze kann nur mit Wissen und Innovation punkten. Unsere demokratische Gesellschaft braucht in Abgrenzung zu anderen Formen des Zusammenlebens, eines übermächtigen Staats ohne Individualität, dieses Handwerkszeug.

Wir müssen unsere Absolventen befähigen, Probleme strategisch angehen und praktisch lösen zu können, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und die nicht panisch, sondern optimistisch in die Zukunft zu sehen.

Es ist höchste Zeit, die Bildung unserer Jugend auf die oberste Stufe zu heben, damit die rote Laterne der Pisa-Studien der Vergangenheit angehört und Absolventen in Forschung oder Beruf nicht untergehen.

(Weitere Begründungen und Beispiele mündlich)

Votum der
Antrags-
kommission

Überweisung an den LFA Schule und Bildung

- | | |
|------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> Annahme | <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung |
| <input type="checkbox"/> Ablehnung | |
| <input type="checkbox"/> erledigt | |

Antrag **Energiestandort ist Wirtschaftsstandort**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für die Aussetzung der ideologischen Energiewende und des Green Deal aus und zwar so lange, bis die alternativen Energiegewinnungsformen dasselbe Niveau an Versorgungssicherheit und Erschwinglichkeit aufweisen wie die Energieträger vor dem politischen Eingriff.

Dies schließt folgende beiden Maßnahmen ein:

1. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, wie auch die weitere Forschung und Entwicklung bei anderen Energiegewinnungsformen (z.B. Kernfusion).
2. Die zeitnahe Ein- und Anbindung Baden-Württembergs an südeuropäische Wasserstoffpipelines.
3. Die Erstellung und Umsetzung realistischer Konzepte für die Speicherung von Energieüberschüssen aus der Photovoltaik.

Begründung

Energiepolitik ist Standortpolitik. Die letzten Monate haben gezeigt, wie fragil die Energieversorgung in Deutschland aufgrund der ideologischen Umbauten der Energiegewinnung wurde. Aus kaum einem anderen Europäischen Land hörte man derartig viele Krisenrufe wie hierzulande.

Baden-Württemberg trifft diese Entwicklung besonders hart. Das Land ist ein Schwerpunkt für produzierendes Gewerbe, gleichzeitig jedoch ist hierzulande lediglich die Photovoltaik eine relativ gesehen rentable Form der regenerativen Energiegewinnung. Weder Wind- noch Wasserkraft, noch Biomasse können den Bedarf von Wirtschaft und Haushalten decken. Keinesfalls kann bis 2030 der Gesamtbedarf an Energie allein durch erneuerbare Quellen garantiert werden.

Gleichzeitig haben die nördlichen Bundesländer kein großes Interesse daran, die baden-württembergische Wirtschaft mit Strom zu versorgen. Die als Heilsbringer gepriesene dezentrale Energiegewinnung hat sich als die Mogelpackung entlarvt, als die wir sie schon immer bezeichnet hatten. Dieser Ansatz dient zuallererst demjenigen, der die Energie gewinnt. Größere Anstrengungen zum Leitungsbau sind somit aus dem Norden nicht zu erwarten. Nicht zuletzt das Fiasko von Habeck in Katar hat gezeigt, dass wir unsere Hausaufgaben selbst erledigen müssen, statt als Bittsteller auf andere zu hoffen.

Baden-Württemberg muss sich somit die Frage stellen, ob es aus rein ideologischen Gründen dem Koalitionspartner in die energetische Abhängigkeit folgt, oder ob es eigenverantwortlich handelt und für Energieformen eintritt, welche die sichere und preiswerte Versorgung ermöglichen. Kernenergie als Brückentechnologie, Kernfusion als mögliche Zukunftstechnologie, wäre hierbei nur ein gangbarer Ansatz.

Die CDU Baden-Württemberg muss die Versorgung mit zuverlässiger und günstiger Energie sicherstellen. Technologie- und Ergebnisoffenheit dürfen hierbei nicht nur kein Tabu, sondern müssen oberste politische Pflicht sein. Dabei sollten auch Energieträger, die bis vor kurzem noch als ideologische Grenze galten, in Forschung und Förderung einbezogen werden.

(Weitere Begründungen und Beispiele mündlich)

Votum der
Antrags-
kommission

Annahme in geänderter Fassung
Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für folgende Maßnahmen aus:

Annahme in geänderter Fassung
 Ablehnung
 erledigt

-
- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none">1. Die weitere Forschung und Entwicklung bei allen Energiegewinnungsformen.2. Die zeitnahe Ein- und Anbindung Baden-Württembergs an südeuropäische Wasserstoffpipelines.3. Die Erstellung und Umsetzung realistischer Konzepte für die Speicherung von Energieüberschüssen aus der Photovoltaik. | |
|--|--|
-

Antrag **Zertifizierungen harmonisieren**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, auf europäischer Ebene für eine branchenübergreifende Reduzierung und Harmonisierung von Zertifizierungen einzutreten. Diese Thematik muss auch eine zentrale Rolle in abzuschließenden Außenhandelsverträgen (z.B. mit Kanada, USA oder China) spielen.

Begründung

Die Existenz von Mindeststandards vor allem in den Bereichen Sicherheit und Qualität ist richtig und wichtig. Jedoch hat sich in den letzten Jahren auf europäischer, aber auch auf deutscher Ebene, eine „Zertifizitis“ entwickelt. Vor allem kleinere Unternehmen ist es hierbei nahezu unmöglich, mitzuhalten und ihrem Geschäftszweck nachzukommen (siehe zahlreiche Klagen in der Medizintechnik).

Parallel hat sich eine globale „Zertifizierungsbranche“ entwickelt, die ihren Siegeln mit einer geschickten Lobbyarbeit zunehmende Relevanz verschaffen. Angepriesen mit hohen sozialen und/oder ökologischen Vorteilen, können diese Vertreter mit der Zustimmung bei Parteien, NGOS und Teilen der Öffentlichkeit rechnen. Was diese jedoch nicht einkalkuliert haben ist, dass diese Entwicklung zu einer Spirale immer absurderer Grenzwerte und zu einem undurchsichtigen Dschungel von möglichen Zertifikaten führt.

Sowohl Politik/Verwaltung als auch die Wirtschaft haben mittlerweile den Überblick über die bestehenden Zertifikate und deren Seriosität verloren (siehe Maskeneinkauf). Dennoch werden diese stets aufs Neue gefordert. Es entstehen unnötige Kosten und der vermeintliche Nutzen von Zertifizierungen wurde konterkariert.

Es bedarf somit einer länderübergreifenden und in der EU harmonisierten Regelung, welche Zertifikate in welcher Branche als Mindeststandard gesetzt sind (z.B. CE-Erklärung). Die EU sollte mit Branchenverbänden gemeinsam wenige entwickeln, festlegen und deren Missbrauch unterbinden.

Zertifikate sollen wieder ein verlässliches Mindestmaß für Sicherheit und Qualität garantieren. Unternehmen, die darüber hinaus gehende Zertifikate möchten, z.B. aus Marketing-Gründen, können dies jederzeit auf der Basis freiwilliger Prüfzertifikate tun.

(Weitere Begründungen und Beispiele mündlich)

Votum der
Antrags-
kommission

Annahme

- Annahme in geänderter Fassung
 Ablehnung
 erledigt

Antrag **Rundfunkbeitrag abschaffen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung des Rundfunkbeitrags („GEZ“) ein. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss modernisiert und optimiert werden und hat sich wirtschaftlich selbst zu tragen.

Ein entsprechender Antrag ist beim nächsten Bundesparteitag zu stellen

Begründung

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) dient in Deutschland, nach seiner Definition, dem Grundversorgungsauftrag mit Information. Der Beitrag soll somit dazu dienen, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu garantieren. Beide Grundsätze, Information und Unabhängigkeit, werden jedoch seit Jahren nicht mehr erfüllt.

Der öffentliche Rundfunk betreibt in Deutschland 21 Fernseh- und 73 Radio-Sender, sowie regionalisierte Angebote (z.B. WDR Köln, WDR Bonn). Des Weiteren produziert der ÖRR zahlreiche teure Eigenproduktionen wie Krimis, Spiel- und Quizshows oder politische Formate. Dieses Angebot geht weit über die Informationsgrundversorgung hinaus und dient in zunehmendem Maße nur der Bespielung der „Mediathek“, also reine Online-Formate. Auch kommt es vor, dass ARD und ZDF zeitgleich ähnliche Sendungen ausstrahlen (vergl. „Brisant“ und „Hallo Deutschland“). Massive Kosteneinsparungen könnten hier binnen kürzester Zeit realisiert werden.

Zudem scheint leider auch der faktenbasierte Informationsauftrag unter einem empfundenen ideologisierten Umerziehungsgedanken (vgl. Gendersprache) und umgesetzter Eigenversorgung verschiedener Funktionsträger gelitten zu haben.

Absurditäten, Verschwendung, Umerziehung und Abkehr vom Leistungsprinzip – dies darf nicht durch einen Zwangsbeitrag finanziert werden. Der ÖRR ist auf wenige Sender zu reduzieren und auf seinen ursprünglichen Auftrag zu fokussieren. In diesem Zustand kann er eigenfinanziert (Werbung) bzw. mit überschaubaren steuerlichen Mitteln betrieben werden.

(Weitere Begründungen und Beispiele mündlich)

Votum der
Antrags-
kommission

Abgelehnt

Annahme in geänderter Fassung
 Ablehnung
 erledigt